

che Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck kommen würden, besonders mit bestimmten asiatischen und islamischen Ländern (aber nicht mit *Asien* oder *den* islamischen Ländern!). Gemessen an der fundamentalen Herausforderung des Menschenrechtsgedankens durch diese Staaten – Zweifel an der Universalität der Menschenrechte, Ablehnung internationaler Prüfinstanzen zugunsten staatlicher Souveränität – hat die Konferenz klar und unmißverständlich Förderung und Schutz der Menschenrechte als vorrangiges Ziel der UN und als legitimes Anliegen der Völkergemeinschaft bezeichnet. Da sich wahrscheinlich viele Regierungen in Zukunft auf die Schlußklärung beziehen werden, ist dies ein wichtiger Teilerfolg. Die Vorschläge für einen verbesserten Menschenrechtsschutz werden der *UN-Generalversammlung im September 1993* vorgelegt. Insgesamt war die Wiener Konferenz eine wichtige Station in der Diskussion über die Fortentwicklung des universellen Menschenrechtsschutzes.

Zwei weitere positive Ergebnisse sind festzuhalten: Wie

selten zuvor sind Meinungsverschiedenheiten zwischen den Regierungen in der Öffentlichkeit sichtbar geworden. Damit besteht die Möglichkeit, über eine geduldige, offensive Informations- und Öffentlichkeitsarbeit den politischen Druck auf Regierungen zu erhöhen, die menschenrechtsfeindliche Positionen vertreten. Zumindest in einigen Ländern könnte dies mittelfristig eine Kurskorrektur bewirken.

Schließlich haben sich zum ersten Mal weltweit so viele Menschenrechtsorganisationen getroffen, Erfahrungen ausgetauscht und politische Positionen erarbeitet. Obwohl dies naturgemäß ein schwieriger Prozeß war, wird es in den nächsten Jahren aufgrund zunehmender Vernetzung einen immer stärkeren Druck von diesen privaten Bürgerorganisationen gegenüber den eigenen Regierungen und der Weltöffentlichkeit geben, ein wichtiger politischer Faktor in dem weiterhin schwierigen Kampf um die Durchsetzung universeller Menschenrechte. „Unsere Rechte, unsere Welt“ können nicht den Regierungen überlassen werden. Wolfgang Heinz

„Zu einer gesamteuropäischen politischen Konzeption finden“

Ein Gespräch mit dem österreichischen Vizekanzler Erhard Busek

Was bedeuten die Veränderungen in seinem Umfeld, was bedeuten die Vorgänge auf dem Balkan für Österreich? Wie versteht es nach dem Umbruch von 1989/90 seine Rolle vor allem gegenüber seinen östlichen und südöstlichen Nachbarn? Wieweit trägt die Idee „Mitteleuropa“? Fehlt es noch an einer politischen gesamteuropäischen Konzeption als Antwort auf die neuen Herausforderungen und die grundlegend veränderte Sicherheitssituation seit dem Ende der Blöcke? Über diese Fragen sprachen wir mit dem Vorsitzenden der ÖVP, dem österreichischen Vizekanzler und Wissenschaftsminister Erhard Busek. Die Fragen stellten Fritz Csoklich und David Seeber.

HK: Herr Dr. Busek, wenn Sie erlauben, daß wir beim politischen Konkurrenten beginnen: Der jüngste SPÖ-Parteitag stand unter dem Leitwort „Sicherheit in bewegter Zeit“. Ist Sicherheit inzwischen zur neuen Priorität Österreichs geworden?

Busek: Ganz ohne Zweifel. Wir von der Volkspartei hatten einen Parteitag mit ganz ähnlicher Thematik. Und unsere ganze Öffentlichkeitsarbeit läuft zur Zeit unter dem Stichwort „Sicherheit und Stabilität“.

HK: Sieht sich Österreich von außen gefährdet durch die Veränderungen in seiner Nachbarschaft, oder was gibt es sonst für Beweggründe für das neue Sicherheitsbedürfnis?

Busek: Die Situation insgesamt ist unsicherer geworden. Wir leben in einem Europa der neuen Konturen und Fragestellungen. Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Lage unsicherer geworden. Aber das besonders Markante für uns in Österreich ist, daß sich die außenpolitischen Existenzbedingungen grundlegend geändert haben. Bisher waren wir ein westlich orientierter demokratischer Staat zwischen den Blöcken. Inzwischen haben wir mehr und andere Nachbarn bekommen. Damit haben sich auch die Existenzbedingungen Österreichs geändert.

HK: Als wie bedrohlich wird in Österreich der Krieg im ehemaligen Jugoslawien empfunden?

Busek: Der Grad der Bedrohlichkeit ergibt sich aus der Tatsache, daß es von Wien nach Innsbruck nicht weiter ist als zum Kriegsschauplatz auf dem Balkan.

HK: Zu Beginn des Konflikts und noch im frühen Stadium des Krieges war Österreich politisch stark engagiert. Jetzt hat man den Eindruck, Österreich ziehe sich wieder mehr auf sich selbst zurück. Ist Österreich trotz der Nähe zum Schauplatz des Geschehens und der besonderen historischen Erfahrungen von derselben Ratlosigkeit befallen wie die europäischen/westlichen Staaten insgesamt oder ist man einfach vorsichtiger geworden?

Busek: Die exponierte Lage Österreichs im Jugoslawienkonflikt ergibt sich aus der geographischen, historischen und auch mentalen Nähe zum Konfliktgebiet. Nach meiner Überzeugung waren die österreichischen Analysen der Situation und die Vorschläge, die insbesondere Außenminister *Alois Mock* gemacht hat, zu jeder Zeit die richtigen. Wir kommen einfach an der Feststellung nicht vorbei, daß alles, was die Europäische Gemeinschaft tat, zu wenig war und zu spät geschah. Was ich jetzt sage, ist zwar zeitgebunden, aber jetzt im Juni 1993, in einer Situation, deren Bedrohlichkeit weit über die unmittelbar Betroffenen hinausgeht, wird darüber diskutiert, ob *airstrike and save heaven* das Richtige ist. Zu Beginn der völkerrechtlichen Anerkennung der ehemaligen Teilrepubliken war allgemein die Überzeugung vorherrschend, es brauche *peacekeeping forces* der Vereinten Nationen an den Grenzen. Das scheiterte dann damals aus finanziellen Gründen. Wir haben als Österreicher und als österreichische Regierung viel Ungemach auf uns genommen, weil uns gar unterschoben wurde, wir hätten Einflusssphären für Österreich gewinnen wollen oder seien drauf und dran, in die Rolle der alten Monarchie zurückzufallen. Slowenien als neuntes Bundesland usw.

„Mein Eindruck ist, daß leider auch die Westmächte in Denkweisen des 19. Jahrhunderts zurückfallen“

HK: Da hat Österreich speziell gegenüber Serbien vermutlich sehr ähnliche Probleme wie Deutschland.

Busek: Die Probleme sind etwas anders akzentuiert. Sarajewo ist seit Generationen ein Reizwort und die Serben haben auf diesem Klavier auch heftig gespielt. Wir waren aber wirklich überrascht, solche Meinungen insbesondere von französischen Regierungsmitgliedern zu hören, nachdem sie vorher in den Medien zu lesen waren. Dies ist ein eklatantes Mißverständnis österreichischer Politik. Uns ist es noch nie so gut gegangen, wie seitdem wir, ohne nach Einflusssphären zu schielen, einfach in geordneten Verhältnissen und in friedlicher Nachbarschaft leben wollen. Ich möchte aber noch weiter gehen. Mein Eindruck ist, daß leider auch die Westmächte, ich sage das bewußt, in eine Denkweise zurückfallen,

die in der Zeit etwa vor dem Ersten Weltkrieg zu Hause war. Das Eigentümliche ist, daß die Friedensschlüsse von Paris heute nicht nur fraglich sind in ihren Ergebnissen und eigentlich aufgehoben werden, sondern daß diejenigen, die sie beschlossen oder wesentlich beeinflusst haben, immer noch glauben, sie müßten sie verteidigen, obwohl der historische Beweis inzwischen erbracht ist, daß handfeste Fehlentscheidungen darunter waren. Ich möchte da einmal die Amerikaner in Schutz nehmen, die zwar weit weg sind vom Ort des Geschehens, sich aber eher als lernfähig erweisen.

HK: Haben Europäer noch einen Versailles-Komplex oder nehmen sie angesichts der veränderten Sicherheitslage in Gesamteuropa, auch ein wenig erschreckt über die neue Lage, einfach zu einem Status quo-Denken Zuflucht?

Busek: Ich möchte es nicht Status quo-Denken nennen, sondern es ist einfach eine Faulheit, die sich weigert, sich anderes zu überlegen, und, wie ich immer wieder feststellen muß, eine mangelnde Kenntnis der jugoslawischen Situation. Da heißt es *quieta non movere*, obwohl es nicht mehr *quieta* waren. Es war nicht mehr ruhig und das hat man nicht zur Kenntnis genommen. Es war nicht mehr haltbar. Und wenn ich an die Mission der beiden „Jacques“ denke, nämlich von *Jacques Delors* und *Jacques Santer*, die als erste Abgesandte der EG dort waren und zurückkamen mit der Versicherung, Jugoslawien sei ruhig und lebensfähig, dann kann ich nur sagen, das war eine eklatante Verkennung. Schon da zeigt sich, wie dringlich eine politische Union Europas ist und Außenpolitik verlangt Professionalität. Das Troika-System, jedes halbe Jahr ein federführender Außenminister mit dem früheren und dem kommenden gemeinsam, das ist unreal.

HK: Hat, was Sie kritisieren, die mangelnde Kenntnis der jugoslawischen Situation im westlichen Europa außer den trägen Denkgewohnheiten und den Organisationsproblemen europäischer Außenpolitik auch damit zu tun, daß erfahrungsnaher Länder wie Österreich noch nicht in der Europäischen Gemeinschaft sind?

Busek: Das ist die Erwartungslage der Europäischen Gemeinschaft, die uns gegenüber auch immer wieder zum Ausdruck gebracht wird. Zugleich aber müssen wir feststellen, daß Vertreter von EG-Mitgliedsstaaten unseren Repräsentanten immer wieder sagen, die Rolle, die ihr im Fall Bosnien gespielt habt, könnt ihr als EG-Mitglied nicht mehr spielen bzw. wenn ihr EG-Mitglied werden wollt, dann müßt ihr euch auch entsprechend der Linie der EG verhalten. Die Linie der EG wird aber wesentlich von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs bestimmt. Deutschland hat nicht sehr viel Spielraum, weil es auch immer wieder in eine bestimmte Ecke gedrängt wird. Nur diejenigen, die potentiell auch irgendwann einmal in eine Europäische Gemeinschaft müssen wie Polen, Tschechen, Kroaten, Ungarn, sehen diese Entwicklung natürlich mit wenig Freude, weil begriffen wird, daß diese Generalprobe in Bosnien für große Konflikte ein absolut verabscheuungswürdiges Beispiel ist.

HK: Im Westen willkommen als Erfahrungsträger, aber weniger als Ratgeber: Wie sieht Österreich seine Rolle zur Zeit in östlicher Richtung? Unter den Bedingungen des Eisernen Vorhanges war Österreich oft eine wenn auch nur bedingt tragende Brücke, eine wenigstens informelle Vermittlungsinstanz zu seinen östlichen und südlichen Nachbarn. Jetzt unter den Bedingungen der neuen Freiheit scheint es auch um diese Beziehungen wenigstens politisch stiller zu werden.

Busek: Wir haben zur Zeit der Blöcke, so bilde ich mir wenigstens ein, die Rolle der Neutralität einigermaßen geschickt gespielt. Wir sind von den damaligen kommunistischen Nachbarn auch in diese Rolle geschoben worden. Kontakte zu Österreich waren im großen und ganzen keine Belastungen, obwohl Österreich ein „kapitalistisches“ Land war. Man hatte sich nichts zu vergeben und war doch irgendwie mit drinnen. Heute haben wir meines Erachtens die Rolle des guten Nachbarn und Dolmetschers. Wir versuchen zu übersetzen, wie die Denkweisen und Zustände dieser Länder sind. Wir versuchen, diese Aufgabe deutlich wahrzunehmen, nicht nur außen-, sondern auch wirtschafts- und kulturpolitisch.

HK: Fühlt sich Österreich etwa im Verhältnis zum EG-Europa auch in dieser Rolle noch eher allein?

Busek: Ich glaube, daß sich die Europäische Gemeinschaft überhaupt erst eine Politik gegenüber den ost- und südosteuropäischen Ländern zurechtlegen muß. Der Blick der Europäischen Gemeinschaft ist eigentlich noch nicht bis dorthin gelangt. Man wird Polen, der Tschechischen Republik, Ungarn usw. erst noch eine Perspektive bieten müssen...

HK: Eine Perspektive in welchem Sinne?

Busek: Für mich ist ganz klar: Wenn die Europäische Gemeinschaft diesen Staaten gerecht werden will, muß sie sich von der ökonomischen Gemeinschaft wieder zur politischen wandeln. Die Grund- und Ursprungsidee der europäischen Integration war doch die friedensstiftende und friedenserhaltende zwischen Frankreich und Deutschland. Dies ist verloren gegangen durch die Ost-West-Spannung. Dies ging zugleich einher mit der wirtschaftlichen und auch wissenschaftlich-technologischen Eurosklerose. Die Europäische Gemeinschaft muß nun wieder zurückfinden zu ihrer friedensstiftenden Rolle einer Europäischen Union angesichts der veränderten Verhältnisse.

HK: Hatte Österreich angesichts der Teilung Europas einen besonderen Stellenwert, den es nun nicht mehr hat? Und hat Österreich, so komisch das klingt, dadurch an Bedeutung eher verloren?

Busek: Wir haben jetzt sicher nicht mehr die Bedeutung, daß bei uns die Sicherheitsdienste des Ostens und Westens sitzen, weil das ein besonders günstiger Platz für beide Seiten war. Wir sind aufgrund der Ereignisse von 1989/90 sicher auch nicht mehr bevorzugter Konferenzort. Man kann heute aus dem Osten ohne Probleme durch den Westen reisen. Meine Freun-

de aus der Dissidentenzeit sind heute genauso wenig zu Hause anzutreffen, wie wir es sind. Doch im räumlichen Sinne und ohne daß ich einer Tendenz Vorschub leisten möchte, in den Ländern der ehemaligen Monarchie haben wir heute sicher eine stärkere Funktion als früher.

„Die EG sieht unsere östlichen Nachbarländer immer in Kompaktpackungen“

HK: Trifft es zu, daß wie gelegentlich in den Medien zu lesen und zu hören ist, das kleine Österreich im Vergleich zu Deutschland beim Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen in diesem Raum, erleichtert durch die historischen Bindungen, wesentlich aktiver ist, als man es der deutschen Wirtschaft nachsagt?

Busek: Das ist richtig. Ich muß aber fairerweise hinzufügen, daß Deutschland an der Wiedervereinigung zu kauen hat. Aber wir sind bei den Joint ventures in der Slowakei, in Ungarn, in Slowenien führend. Wir haben den zweiten bzw. den dritten Platz in der Tschechischen Republik und in Polen. Die mittelständische Struktur unserer Wirtschaft bietet dafür gute Chancen. Wir können nicht Škoda übernehmen, das kann Volkswagen oder Renault. Wir sind nicht in der Lage, Ursus in Warschau eine neue Struktur zu verpassen. Da würden die Größenordnungen nicht mehr stimmen. Aber wir müssen unseren Österreichern bei der Gelegenheit auch sagen: Wir haben auch ungeheuer profitiert vom Umbruch im Osten. Wenn bei uns der Wirtschaftsaufschwung etwas stärker war als in anderen OECD-Ländern, so deswegen. Und wenn bei uns jetzt der Abschwung etwas schwächer ist, so auch deswegen. Wir haben allerdings auch relativ viel geleistet auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. Um nur eine Zahl zu nennen: Wir haben im Raum Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien etwa 120 Lektoren, während die Bundesrepublik nur 30 hat. Wir haben also nicht nur profitiert, sondern auch gegeben. Und dies ist von diesen Ländern auch sehr anerkannt worden.

HK: Aber steht Österreich nicht vor dem Problem, daß es auch aus Gründen der eigenen Sicherheit eine starke Westverankerung in der EG sucht und sich damit in gewisser Weise zugleich von seinen Interessen an den östlichen Nachbarn abkoppelt?

Busek: Dies ist das klassische Problem und zugleich die klassische Aufgabenstellung Österreichs. Wer die österreichische Geschichte ein wenig durchkämmt, begegnet immer wieder dieser Doppelrolle. Nehmen wir nur eine historische Figur wie Prinz Eugen. Er hat sowohl als Feldherr wie als Politiker in Richtung Ost wie in Richtung West agiert. Diese Rolle gibt uns die Geographie mit auf den Weg. Und ich denke, daß wir diesmal damit ganz gut fertig werden, weil es ja wenigstens der formulierten Erwartungslage der EG entspricht, daß wir in diese Richtung gehen. Wir haben ja die eigentümliche Si-

tuation, daß die EG unsere östlichen Nachbarstaaten immer in Kompaktpackungen versteht, zum Beispiel ist immer die Rede von Visegrad-Staaten ...

HK: Also von Polen, Ungarn, Tschechei, Slowakei.

Busek: ... Aber die Visegrad-Staaten verstehen sich gar nicht als eine solche Einheit, sondern die Tschechen zum Beispiel möchten allein und rasch in die EG und verstehen sich womöglich als noch westlicher als wir.

HK: Für die Tschechen in ihrer Sonderrolle trifft das sicher zu, aber ...

Busek: Sie wollen mit dem östlichen Umfeld rein gar nichts zu tun haben, während wir uns der Aufgabe durchaus stellen.

„Die EG blickt bei ihren Entscheidungen immer sehr einseitig nach Moskau“

HK: Aus wohlverstandendem Interesse ...

Busek: Ich glaube, daß dies auch der EG guttut. Wir können manches deutlicher formulieren, als es die Deutschen in ihrem Innenverhältnis tun können, und weil die EG, ich deutete es schon an, unter der moralischen Provokation steht, wenn sie sich nicht ändert, bleibt sie eine westeuropäische Gemeinschaft. Und ein zweiter Aspekt ist in meinen Augen wichtig: Die EG blickt – hier unter dem Einfluß der USA, man merkt es an den G7 und G24-Entscheidungen – immer noch sehr einseitig nach Moskau. Osteuropäische Reformstaaten, das Baltikum, Weißrußland und die Ukraine werden vernachlässigt. Das ist sowohl politisch wie wirtschaftlich ein riskanter Weg. Die Sowjetunion und das Comecon waren ja eine Art Binnenmarkt. Wollten alle diese Staaten sich auf den Absätzen nach Westen umdrehen, gäbe das im Westen beträchtliche Probleme schon wegen der niedrigen Lohnkosten. Und diese Wirtschaften waren ja stark ineinander verflochten. Deswegen plädieren wir sehr massiv dafür, die Hilfe der G7 und der G24 nicht allein auf Moskau zu konzentrieren und Jelzin um jeden Preis zu halten, sondern auch die anderen Staaten zu sehen.

HK: Herr Dr. Busek, Sie sagten vorhin, Österreich suche keine Einflußsphäre, sagten aber auch, Österreich habe heute in den Ländern der ehemaligen Monarchie einen größeren Einfluß als früher. Das führt notwendig zur Frage: Was wird aus diesem Raum längerfristig politisch? Geht „Mitteleuropa“ in den neuen Nationalismen endgültig unter? Oder gibt es für den Donauroum eine gemeinsame Zukunft?

Busek: Wir neigen in der Sicht des Tages dazu, zu meinen, Mitteleuropa sei durch die „neuen“ Nationalismen und den damit aufbrechenden Problemen tot. Ich glaube, es ist so lebendig wie noch nie.

HK: Viele vermuten dahinter eher Nostalgisches, womit man am wenigsten gegen die neuen Antagonismen aufkommen kann.

Busek: Das ist viel zu vordergründig. Man muß endlich zur Kenntnis nehmen, daß unsere Nachbarstaaten dort fortfahren, wo sie vor Beginn des Kommunismus aufgehört haben. Wir im Westen müssen begreifen, daß in diesen Ländern jetzt vieles so ist wie es bei uns Ende der vierziger Jahre war. Der Schleichhandel war nach 1945 in Österreich wie in Deutschland eine nahezu unendliche Geschichte. Vieles, was ich jetzt in den Reformstaaten erlebe, erinnert mich an die Erzählungen meiner Eltern über die damalige Zeit. Es ist dort wie bei uns nach dem Weltkrieg, nur daß es kein Weltkrieg war, sondern Zerstörungen, die in der Wirtschaftsstruktur, im staatlichen Ordnungsgefüge und vor allem im Geistigen anzutreffen sind. Gerade wegen der Zerstörungen im Geistigen erfolgt der Rückgriff dorthin, wo der Nationalismus noch sehr stark ist. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Meine slowakischen Freunde erzählen mir immer wieder begeistert, daß sie ja schon unter Tiso einen selbständigen Staat hatten. Daß der Tiso-Staat ein Staat von Hitlers Gnaden war und deswegen im Westen ganz sicher ein schlechtes Argument darstellt, ist in die Verarbeitung der eigenen jüngeren Geschichte noch gar nicht eingegangen.

„Ich halte den Faktor Mitteleuropa für hilfreich“

HK: Und wie soll in einer solchen Bewußtseinslage die Sache Mitteleuropa überhaupt Fuß fassen können?

Busek: Ich halte den Faktor Mitteleuropa gerade in diesen Entwicklungen für hilfreich. Nun müssen wir darauf verzichten, vergangene Zeiten zu glorifizieren. Vielmehr müssen wir die Bewußtseinslage so akzeptieren, wie sie ist und uns voreingenommen dem Diskurs darüber stellen, dem Diskurs über das Geschichtsbuch, in dem alles drin steht und nichts weggelassen wird; dem Diskurs auch über die Frage der Minderheiten, über Regionalismus, über wirtschaftliche Kooperation; dem Diskurs über die geistig beherrschenden Prinzipien im Positiven. Ich fürchte nur, daß der Westen letztlich das alles nicht versteht. Ich beobachte mit besorgtem Interesse die Politiker und Journalisten, die Slowaken, Slowenen, Slawonien ständig miteinander verwechseln, die gar nicht wissen, wo das alles ist.

HK: Das ist, je weiter westlich jemand das sagt, auch umso schwieriger. Aber es ist wohl einzuräumen, daß Mittel-, Mittelost- und Südosteuropa aus dem Blickpunkt Wiens sehr viel anders aussieht als schon in Bonn oder in Stuttgart.

Busek: So sehe ich das auch. Deswegen sage ich ganz massiv: Wenn wir diese Probleme nicht begreifen und helfen, sie zu bewältigen, werden sie uns auch in Bonn, in Straßburg oder Stuttgart mit aller Macht einholen in Form von Wanderungsbewegungen, von Wirtschaftskrisen oder von Kriegen. Es kommt ein weiterer einschneidender Faktor hinzu – und das

ist für Österreich eine sehr einschneidende Veränderung: Wir hatten unter den Bedingungen der Ost-West-Spannung eine Situation der „highest required stability“, primitiv gesagt: Wenn einen Krieg anfängt, hat mit ungeheuren Folgen zu rechnen. Heute kann jemand mit ein paar Panzern losfahren und schon gibt es einen Krieg, von dem wir glaubten, daß er von der Art der Kriegführung her nicht mehr möglich sei. Dies ist unsere wirkliche Situation und das verlangt ein anderes Verhalten auch in der Sicherheitsdimension.

„Die Neutralität hat sich als völkerrechtliche Antwort überholt“

HK: Wie sehen Sie unter den veränderten Verhältnissen Gesamteuropas die Neutralität Österreichs? Es gibt in letzter Zeit darüber ja heftige Diskussionen. Für die Österreichische Volkspartei scheint die Neutralität eher gegenstandslos geworden zu sein. Die SPÖ hält sie weiterhin für wichtig. Mit welchem Ergebnis ist zu rechnen?

Busek: Niemand bestreitet, daß die Neutralität nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes ihren Adressaten verloren hat. Zur Zeit des Eisernen Vorhanges war die Neutralität so eine Art Versicherungspolice. Ihre Bedeutung wurde natürlich auch überinterpretiert. Ich bekenne mich selbst zu dieser Überinterpretation. An sich besagt Neutralität völkerrechtlich ja nur, daß wir im Streitfall und zwischen den Streitparteien nicht mit dabei sind. Daß mehr daraus gemacht wurde, hatte durchaus eine Funktion. Die Frage ist nur, wie wir die Sicherheit österreichisch aktualisiert auch durch die Europäische Gemeinschaft weiterentwickeln. Besonders kompliziert wird die Sache dadurch, das muß ich gerade als ÖVPLer sagen, daß die Neutralität zu einer Chiffre der Verstärkung der österreichischen Eigenstaatlichkeit geworden ist.

HK: Also ein Element nationaler Identität darstellt?

Busek: Ein Element nationaler Identität, das auch bleibend unseren Weg von dem Deutschlands getrennt hat. Deswegen haben natürlich viele Bürger die Sorge, wir würden wieder zu Fragestellungen kommen, die wir längst hinter uns gelassen haben.

HK: Aber wie verhält es sich mit der völkerrechtlichen Bindewirkung der Neutralitätserklärung?

Busek: Persönlich glaube ich, daß die völkerrechtliche Antwort sich überholt hat. Gefragt sind heute kollektive Sicherheitssysteme. Wir tun uns allerdings sehr schwer dabei. Wir sagen, das eine hat nicht mehr die Funktion, die wir uns wünschen würden; das andere aber existiert noch nicht. In dem Moment, wo die Westeuropäische Union funktionstüchtig würde, wo es einen Europäischen Sicherheitsrat oder eine Europäische Sicherheitsgruppe gäbe, würde das alles leichter. Zur Zeit befinden wir uns noch in einer Art Niemandsland. Wir kennen, was wir verlassen haben, wissen aber noch nicht, wo wir ankommen.

HK: Aber das abschreckende Beispiel Bosnien zeigt ja, daß es eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik nicht gibt. Als Optimist könnte man sagen, noch nicht gibt. Müßte die österreichische Neutralität deshalb als eine Deklaration der Nichteinmischung nicht so lange aufrechterhalten werden, bis es so etwas gibt?

Busek: Die österreichische Neutralität garantiert jetzt nicht mehr, was sie zur Zeit der Ost-West-Spannung garantiert hat. Sie kann heute nur bedeuten, daß wir unser eigenes Bundesheer stärken, extrem formuliert, uns bis an die Zähne bewaffnen. Die Militärdoktrin ist zu ändern. Früher hat man immer angenommen, wir können das Land im Kern verteidigen. Heute müssen wir es an den Grenzen verteidigen. Das verlangt schwerwiegende Umorientierungen. Die frühere Annahme, wenn die einen uns angreifen, werden die anderen kommen, uns zu helfen, ist keine richtige Annahme mehr. Die liebenswerte Überzeugung, wir seien einem Teil der Welt so viel wert, daß er uns gegen jeden Angreifer verteidigen würde, die ist halt heute nicht mehr richtig.

HK: Heißt das, die Österreicher befürchten, daß es ihnen im Falle eines Angriff so ergehen könnte wie den Muslimen in Bosnien?

Busek: Es ist eine real gegebene Angst, und die Antwort darauf kann nur lauten, daß wir selbst mehr für unsere Sicherheit tun müssen. Die nicht sehr angenehme Botschaft, die ich unseren Mitbürgern schon oft verkünden mußte, lautet: Die anderen werden uns nur verteidigen, wenn wir signalisieren, daß wir bereit sind, uns selber zu verteidigen.

HK: Kann die Frage der österreichischen Identität selbst im positiven Sinne als erledigt, als ausgestanden gelten, oder könnte die unsicherer gewordene Umgebung wieder jene Stimmen stärken, die sich neu an Deutschland orientieren?

Busek: Ich glaube das nicht. Es gibt eine gewisse österreich-nationalistische Komponente. Aber es gibt kein Schielen nach dem großen Bruder. Bis jetzt steht dem auch die Einsicht entgegen, daß die Deutschen durch die Wiedervereinigung so viele Probleme haben, die wir uns eigentlich gar nicht antun wollen. Ob dies eine sehr edle Motivation ist, sei dahingestellt, aber sie ist sehr wirksam.

HK: Aber in dem Augenblick, wo Deutschland diese Probleme bewältigt haben wird, der Tag kann ja kommen, könnte sich das Problem eines deutschen Nationalgedankens in Österreich neu stellen?

Busek: Deswegen verstehe ich *Helmut Kohl* sehr gut. Er drängt sehr darauf, daß es zu einer europäischen Konzeption kommt. Die größte Sicherheit gegenüber einem deutschen Nationalismus ist eine europäische Konzeption.

HK: Aber nimmt man alles in allem, das Gezerre um die Wirtschafts- und Währungsunion, das Gefälle Ost-West, die Blamagen in Bosnien, dann kann nur sagen, Europa ist noch weit.

Busek: Das Eigentümliche und nicht wirklich Bedrängende ist, daß wir zwar in der Lage waren, uns 1989/90 über den Zusammenbruch des Kommunismus zu freuen, daß das demokratische Europa um ein tüchtiges Stück größer geworden ist, daß es aber keine politische Konzeption für Gesamteuropa gegeben hat und bis heute tatsächlich nicht gibt.

HK: Und was könnte eine gesamteuropäische Konzeption sein? Wie könnte sie aussehen?

Busek: Ich möchte darauf eine symbolische Antwort geben. Ich biete immer an das Bild eines Dorfes, in dem es unterschiedlich große Häuser in unterschiedlichem Zustand gibt. Die Situation, die wir jetzt im wiedervereinigten Dorf Europa haben, ist die, daß wir uns sorgen um Straßen und Gassen, Wasser und Kanäle, um Wirtshäuser und Schulen und Kirchen natürlich auch, um Feuerwehr und Gendarmerie. Aber die Richtung, in die es gehen soll, ist von der Politik noch nicht wahrgenommen und noch nicht angenommen. Es fehlt seitens der EG und seitens der europäischen Staaten dafür noch an der notwendigen Phantasie. Gegenwärtig haben wir zwei Phantasien: die nationalstaatliche und die supranationale. Daß es aber abgestufte Kooperationen geben muß, von denen der Regionalismus nur eine ist, das ist in der Vorstellungswelt der Politiker aber noch zu wenig drin.

HK: Aber ist ein Europa mit 500 Millionen Menschen politisch überhaupt machbar? Und wären, anders gefragt, Staatenbünde, wie sie etwa hier im Donaauraum denkbar sind, nicht eine mögliche Vorform für weitere Entwicklungen?

Busek: Ich glaube schon, daß das zu machen ist, wir brauchen nur mehr staatsrechtliche Phantasie dafür. Bisher arbeiten wir immer noch mit den Mitteln des Nationalstaats des 19. Jahrhunderts. Politik, Staatsphilosophie und Staatsrecht haben kaum eine Weiterentwicklung durchgemacht, obwohl sich die Verhältnisse gesamteuropäisch rapide verändern. Oder was sich entwickelt, geht furchtbar zäh vonstatten. Denken Sie nur daran, daß die UN nicht einmal ihre eigenen Maßnahmen im internationalen Recht kodifiziert haben. Sämtliche peace-keeping missions sind in der Charta der Vereinten Nationen überhaupt noch nicht verankert. Sie verdanken sich irgendwelchen Beschlüssen meist obskurer Art der Vollversammlung oder des Sicherheitsrates. Daß hier aber wirklich schon internationales Recht geschrieben wird, ist überhaupt noch nicht so richtig niedergekommen. Das gleiche gilt für den europäischen Bereich und überhaupt für den Zusammenschluß größerer Bereiche. Demgegenüber würde ich Staatenkonzeptionen, dort Westeuropäische Gemeinschaft, da etwas Mitteleuropäisches oder einen Donaustaatenbund, eher als etwas Rückschrittliches ansehen, denn dann kommen wieder die Dominatoren.

HK: Muß das so sein, oder anders gefragt, kann das EG-Europa mit seinen Euronormen noch ein Modell für Gesamteuropa sein?

Busek: Ich glaube, es bedarf einer weitergehenden Ent-

wicklung. Alles Bisherige greift noch zu kurz. Das wird sichtbar an der Institutionenfrage. Die ständige Frage nach der Vertiefung ist ja in Wirklichkeit die Frage nach der staatsrechtlichen Konzeption der Gemeinschaft. Man wird sich entschließen müssen, zu einer Art Regierung zu kommen und den Dualismus von Ministerrat und Kommission zu überwinden. Das alles paßt nicht mehr zur europäischen Größenordnung. Schaffen wir es nicht, das zu ändern, wird es ganz sicher einen bösen Rückfall geben. Der eigentliche historische Hintergrund ist nun der: Europa ist geteilt gewesen in Einflußsphären zweier außereuropäischer Mächte, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Jetzt hat Europa die Chance, selbst für sich ein Faktor zu werden. Wenn Europa sich nicht dafür entscheiden kann, wird es wieder zu einer Einflußsphären-Angelegenheit.

„Man nimmt die Blaupausen von einer früheren Zeit“

HK: Ist Ex-Jugoslawien bereits das blutige Vorspiel eines neuen Rückfalls?

Busek: Ich will nicht den Propheten spielen. Aber das Obskure am Fall Ex-Jugoslawien ist gegenwärtig, daß die westeuropäischen Staaten den Russen das ermöglichen, was Tito gegenüber Stalin verhindert hat. Es ist geradezu ein Treppenwitz der Geschichte. Die klassischen russischen Ziele haben immer geheißt, Bosphorus und Dardanellen, über den Balkan an die Adria. Jetzt sind sie nach allem, was wir beurteilen können, da, und kein Mensch begreift diesen historischen Vorgang. Das Eigentümliche ist, das gilt für die Westeuropäer, aber auch für andere: Man greift in den Akten irgendwie weit zurück, schlägt bei Sarajewo oder Bosnien nach und nimmt die Blaupausen von einer früheren Zeit. Wenn jetzt noch der Berliner Kongreß oder etwas Ähnliches käme, dann würde es mich nicht wundern. Das spricht gegen die Politiker.

HK: Politik scheint aber auf das Heute bezogen auch in anderer Hinsicht zu versagen. Es wurden zwar viel Zeichen der Solidarität gegenüber den Menschen in Osteuropa und auch auf dem Balkan gesetzt. Aber inzwischen haben alle westeuropäischen Länder auch Österreich, auch Deutschland, auch Ungarn und Slowenien die Grenzen dicht gemacht. Sogar Kriegsflüchtlinge kommen kaum noch herein. Was bleibt da an Solidarität übrig?

Busek: Das ist natürlich eine Frage mit zwei Seiten. Die eine Seite ist die humanitäre Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen. Die andere Seite ist die, wenn der Westen alle aufnimmt, unterstützt er damit die serbischen Kriegsziele. Dann bleibt nicht einmal das moralische Problem, das man einer noch so entmenschten serbischen Regierung vorhalten kann. Dies ist eine ungeheuer schwierige Situation. Sie wird erschwert noch dadurch, daß die Solidaritätsbereitschaft unterschiedlich

ausgeprägt ist. Jede Regierung muß sich überlegen, was geschieht, wenn sich nicht auch andere Länder finden, die das gleiche tun, was Österreich und die österreichischen Bürger bei großer Not getan haben.

HK: Sie spielen auf die große Sammelaktion mit dem Ergebnis von 600 Million Schilling, also fast 100 Millionen DM an?

Busek: Zum Beispiel. Aber die Dinge sind ungeheuer schwierig. Und wenn die dann noch die zynischen Kommentare hören „let's burn it out“, dann hat das auch seine Wirkung auf die österreichische Öffentlichkeit. Dabei kommt eine Menge Historisches an die Oberfläche, und so heißt es dann: Die waren schon immer so, da kannst du nichts machen. Es ist wirklich eine der schwierigsten Fragen: Inwieweit ermöglicht bzw. unterstützt man durch Aufnahme von Flüchtlingen ethnische Säuberungen?

HK: Aber diese finden ohnehin statt. Die Serben oder wer

immer darin verwickelt ist, kümmern sich nicht, wo die Flüchtlinge hinkommen. Sie müssen gehen. Wer sie aufnimmt, ist den Vertreibern ziemlich gleichgültig.

Busek: Das sehe ich etwas anders, und ich bitte, mir das abzunehmen. Ich nenne Ihnen dafür auch ein historisches Beispiel. Die Palästinenser haben es verstanden, durch die Haltung der kritischen Masse der Vertriebenen das Problem am Leben zu erhalten und in irgendeiner Phase der weiteren Entwicklung möglicherweise auch eine Lösung zu erzwingen. Die Lösung ist gegenwärtig noch offen, aber es sieht nach einer möglichen Lösung aus. Für mich ist es wirklich eine Frage, ob man durch Akzeptieren eines durch Brutalität hergestellten Zustandes dazu ermuntert, in anderen Bereichen und unter anderen Umständen dasselbe zu tun. Ich kenne natürlich auch das Gegenargument: Man garantiert, daß Kriege auf diese Weise ewig stattfinden. Die Antwort wird nur die Geschichte geben können. Für Politiker ist das eine der schmerzlichsten und schwierigsten Fragen.

Kirche als Gemeinschaft

Ein vatikanischer Kommentar zum Communio-Schreiben der Glaubenskongregation

Das am 15. Juni 1992 veröffentlichte Schreiben der Glaubenskongregation über „einige Aspekte der Kirche als Communio“ (vgl. den Text, HK, Juli 1992, 319 ff.) hat sowohl innerkatholisch wie vor allem auch ökumenisch viel Staub aufgewirbelt. Offenbar sah man sich in der Kurie angesichts einer Welle von kritischen Stimmen genötigt, im Jahresabstand nochmals verdeutlichend auf das Schreiben einzugehen. Das geschah in einem ungezeichneten Kommentar der Tagesausgabe des „Osservatore Romano“ (23. 6. 93). Der Vorgang ist als solcher wie in der Sache bemerkenswert; wir dokumentieren deshalb den Osservatore-Artikel im Wortlaut.

Am vergangenen 15. Juni war es ein Jahr, seitdem das Schreiben „Communio notio“ der Kongregation für die Glaubenslehre veröffentlicht wurde. Dieses an die Bischöfe der katholischen Kirche gerichtete Schreiben, von Johannes Paul II. am 28. Mai 1992 approbiert, behandelte „einige Aspekte der Communio“.

Der Zeitraum nach dieser Veröffentlichung ist zu kurz, als daß man die tatsächliche Auswirkung des Dokuments auf den „erwünschten Prozeß der theologischen Vertiefung“, von dem unter Nr. 2 die Rede ist, entsprechend würdigen könnte. Anlässlich dieses ersten Jahrestages seiner Veröffentlichung scheinen dennoch einige Überlegungen im Hinblick auf die ersten Reaktionen angezeigt, die von diesem Schreiben während der vergangenen Monate in katholischen und nicht-katholischen theologischen Kreisen sowie in internationalen ökumenischen Organisationen hervorgerufen wurden.

Man kann vor allem mit Befriedigung feststellen, daß der Begriff Communio bzw. Gemeinschaft allgemein anerkannt wurde zu einem besseren Verständnis der Natur der Kirche im Licht der neutestamentarischen Quellen, wie es das Schreiben in der Einleitung vor Kap. I „Die Kirche, Geheimnis der Gemeinschaft“ tut: „Der Begriff Gemeinschaft... bringt den tiefen Kern des Geheimnisses der Kirche sehr gut zum Ausdruck und vermag zweifelsohne eine Schlüsselrolle im Bemühen um eine erneuerte katholische Ekklesiologie zu spielen“ (Nr. 1). Gleichzeitig wurden viele Einzelaspekte, von denen in unserem Schreiben die Rede ist, sehr positiv aufgenommen und kommentiert: von der trinitarischen Wurzel der Communio bis zur ekklesialen Natur der Einrichtungen, die von der Apostolischen Autorität für bestimmte pastorale Werke gegründet wurden, usw. Drei der eng miteinander verbundenen zentralen Themen des Schreibens riefen jedoch die